

Ein Rentenpaket für mehr Sicherheit

Berlin: Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) hat gestern sein Rentenkonzept vorgestellt. Es sieht eine Besserstellung von Geringverdienern, Müttern und Erwerbsminderungsrentnern vor. Kosten bis 2025: Knapp 32 Milliarden Euro.

Berlin. Mit einer neuen Rentenreform will Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) Rentnerinnen und Rentner in Deutschland künftig finanziell besserstellen. Dies erklärte der SPD-Politiker gestern bei der Vorstellung seines Rentenpakets. Profitieren würden vor allem Geringverdiener, Mütter sowie Erwerbsminderungsrentner. Eine doppelte Haltelinie soll es für Rentenniveau und Beitragssatz geben. Bis 2025 belaufen sich die Kosten auf etwa 32 Milliarden Euro. Die Leistungsausweitungen werden zu zwei Dritteln aus Beitragsmitteln und zu einem Drittel aus Steuermitteln des Bundes finanziert. Zum 1. Januar 2019 werden die Neuregelungen in Kraft treten. Das Gesetz soll nach der parlamentarischen Sommerpause vom Kabinett auf den Weg gebracht werden. Kritik am Rentenpaket kam von Opposition und Verbänden.

Leistungsverbesserungen sind unter anderem für Geringverdiener vorgesehen. Sie sollen bei den Sozialabgaben entlastet werden. Die Obergrenze der Beitragsentlastung, ab der volle Sozialversicherungsbeiträge gezahlt werden müssen, wird laut Gesetzesentwurf von 850 Euro auf 1300 Euro angehoben.

Veränderungen wird es auch bei der Mütterrente geben. Für vor 1992 geborene Kinder soll es ab 2019 ebenfalls drei Entgeltpunkte geben, sofern eine Mutter mindestens drei Kinder geboren hat. In diesen Fällen wird also das dritte Kindererziehungsjahr in der gesetzlichen Rentenversicherung anerkannt, um rentenrechtliche Nachteile zu mindern. Derzeit gilt, dass es für jedes ab 1992 geborene Kind drei Rentenpunkte gibt. Mütter, die Kinder vor 1992 zur Welt gebracht haben, bekommen aktuell zwei Rentenpunkte. Über Alternativen zur Verlängerung der Kindererziehungszeiten werde man im parlamentarischen Verfahren noch diskutieren, so Heil.

Zu den Erwerbsminderungsrentnern in Deutschland zählen Menschen, die aufgrund von Krankheit oder wegen eines Arbeitsunfalls nicht mehr erwerbstätig sein können. Sie werden künftig so gestellt, als hätten sie bis zum aktuellen Renteneintrittsalter Beiträge in die Rentenversicherung eingezahlt.

Ein Bericht von Tobias Ritterskamp
14.07.2018

Mit einer doppelten Haltelinie soll das Rentenniveau bis 2025 bei mindestens 48% des Durchschnittslohns gesichert werden und der Beitragssatz nicht über 20% steigen. Dies werde dem Gesetzesentwurf zufolge durch eine Niveausicherungsklausel, die die Untergrenze des Rentenniveaus definiert, sowie durch zusätzliche Bundesmittel gewährleistet.

Opposition und Verbände kritisierten die Rentenpläne von Bundesarbeitsminister Heil. Die Co-Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Alice Weidel, sprach von „halbgaren Maßnahmen, die weitestgehend wirkungslos bleiben werden und nicht geeignet sind, um die Rente zukunftssicher und armutsfest zu machen.“ Auch der rentenpolitische Sprecher der FDP, Johannes Vogel, hält Heils Rentenkonzept für nicht zukunftstauglich und sprach von „Wahlkampfgeschenken“, die verteilt würden. Kritik kam auch von Linken-Fraktionschef Dietmar Bartsch. Zwar gebe es „einige positive Punkte“, doch würden die geplanten Maßnahmen dem Anspruch, vor Altersarmut zu schützen, nicht gerecht. Mit dem neuen Rentenpaket werde der „automatische Renten-Sinkflug“ endlich gestoppt, erklärte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Jetzt liege es an der Rentenkommission, Vorschläge zu erarbeiten, wie die Rente „leistungsfähig gut und stabil“ funktionieren könne. Für „teuer und ungerecht“ hält Steffen Kampeter (Hauptgeschäftsführer Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände) die rentenpolitischen Vorhaben, da die langfristige Finanzierbarkeit der gesetzlichen Rentenversicherung auf diese Weise nicht mehr zu gewährleisten sei.

Im Interview mit Bayern 2 verteidigte Heil sein Rentenpaket. Man erneuere damit das „Kernversprechen des Sozialstaats“ und Sorge für Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Bereits bei der Vorstellung seiner Pläne in Berlin erklärte der Bundesarbeitsminister, dass man mit den rentenpolitischen Neuregelungen „Sicherheit für ein gutes Leben“ schaffe.

Von Tobias Ritterskamp mit Material von Reuters, Phoenix und dem Gesetzesentwurf